10. Juni 2014

Bröckelnde Infrastruktur

Zahlreiche Hochschulgebäude in Deutschland sanierungsbedürftig

Die Länder investieren seit vielen Jahren deutlich weniger in die Gebäude der Universitäten und Fachhochschulen, als es für deren Erhalt notwendig wäre. Was für Lehrende und Studierende an vielen deutschen Hochschulen zur alltäglichen Erfahrung gehört, bestätigt eine aktuelle Studie, die in Zusammenarbeit einer Expertengruppe der deutschen Universitätskanzler und der *HIS Hochschulentwicklung* aus Hannover entstanden ist (http://www.his-he.de/pdf/pub_fh/fh-201405.pdf)[*]. Ohne eine Ausweitung der Investitionen in den Erhalt der Gebäude droht ein Qualitätsverlust in Studium und Forschung bis hin zum Wegfall ganzer Gebäude, deren Nutzung aus technischen und aus Sicherheitsgründen ohne Sanierung nur noch für begrenzte Zeit möglich sein wird.

Für den baulichen Bestandserhalt der staatlichen Universitäten wurde im Rahmen der Studie für einen Zeitraum von fünf Jahren (2008 bis 2012) ein Investitionsbedarf in Höhe von insgesamt 8,3 Milliarden € ermittelt – die Einrichtungen der Universitätsmedizin, Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen sind hierin noch nicht enthalten. Dem standen tatsächliche Ausgaben in Höhe von 5,2 Milliarden € gegenüber. In fünf Jahren ist damit für die Universitäten der bauliche Sanierungsrückstand bundesweit um weitere 3 Milliarden € angewachsen. Der Vergleich der Bundesländer zeigt erhebliche Unterschiede. *Sachsen* weist in dem 5-Jahres-Zeitraum ein nahezu bedarfsgerechtes Investitionsniveau auf, während die Ausgaben in den Ländern *Berlin, Bremen und Hamburg* weit überdurchschnittlich (um bis zu 75 %) hinter dem Bedarf zurückbleiben.

Sanierungsstau nimmt weiter zu

Die zahlreichen Hochschulgründungen in den 1960er und 1970er Jahren der alten Bundesrepublik haben heute eine regelrechte Sanierungswelle zur Folge. 40 bis 50 Jahre später befinden sich ihre Gebäude am Ende des ersten Lebenszyklus. Da in den Bestand der Gebäude im Laufe der Zeit nicht ausreichend investiert wurde, müssen nun zeitlich gedrängt sehr viele Gebäude von Grund auf saniert oder durch neue Gebäude ersetzt werden. Der bauliche Zustand vieler deutscher Universitätsgebäude wird sich also akut weiter verschlechtern, wenn nicht wirksamer als bisher Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Für die Beseitigung der aufgelaufenen Sanierungsrückstände werden schon aus technischen Gründen viele Jahre und im Einzelfall Jahrzehnte vergehen.

[*] Jana Stibbe / Friedrich Stratmann: Bau- und Instandsetzungsbedarf in den Universitäten. Soll-Ist-Vergleich für den Zeitraum 2008 bis 2012. Hannover: HIS Hochschulentwicklung 2014 (= Forum Hochschule 5/2014)

Kontakt:

Dr. Roland Kischkel
Vorsitzender des Arbeitskreises Hochschulbau
der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands

Kanzler der Bergischen Universität Wuppertal
Gaußstraße 20
42119 Wuppertal

Telefon 0202 439 2227
kanzler@uni-wuppertal.de

10. Juni 2014

Investitionsoffensive für den Hochschulbau erforderlich

Für die Bestandssicherung der Gebäude benötigen die Länder vor allem zusätzliches Geld. Dabei stehen sie vor zwei Herausforderungen: Die Bewältigung des über viele Jahre hinweg auf einen Betrag von mehr als 20 Milliarden € angewachsenen Sanierungsrückstandes kann nur mithilfe von Sonderprogrammen gelingen, die dann auch für die zeitgemäße Energieeffizienz der Hochschulgebäude genutzt werden können. Und darüber hinaus muss die Grundfinanzierung für den laufenden Bestandserhalt deutlich aufgestockt werden, um Sanierungsrückstande in der Zukunft gar nicht erst entstehen zu lassen. Für die Universitäten in Deutschland lässt sich aus der Studie für den laufenden Bestandserhalt ein zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf in der Größenordnung von etwa 600 Millionen € ableiten.

Nach der jüngsten Verständigung zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung der gemeinsamen Zukunftsaufgabe Bildung und Forschung liegt es jetzt in der Verantwortung der Länder, die politischen Voraussetzungen für eine verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen und für den Erhalt der Hochschulgebäude zu schaffen – und damit auch für die Studienplätze und die Forschungsleistungen von morgen.

Kontakt:

Dr. Roland Kischkel
Vorsitzender des Arbeitskreises Hochschulbau
der Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Deutschlands

Kanzler der Bergischen Universität Wuppertal
Gaußstraße 20
42119 Wuppertal

Telefon 0202 439 2227
kanzler@uni-wuppertal.de